



Ein modernes
und sozial gerechtes
Mecklenburg-Vorpommern

*beschlossen auf dem XIV. ordentlichen Landesparteitag des
SPD-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern
am 25. April 2015 in Gägelow*

Unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wird in diesem Jahr 25 Jahre alt. Ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit können wir eine positive Bilanz der Entwicklung unseres Landes ziehen.

Mecklenburg-Vorpommern hat seit der Einheit deutlich an Wirtschaftskraft gewonnen. Zu traditionell starken Wirtschaftsbranchen wie dem Tourismus, der maritimen Wirtschaft und der Land- und Ernährungswirtschaft sind neue Wirtschaftszweige wie die erneuerbaren Energien oder die Gesundheitswirtschaft hinzugekommen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich heute auf dem niedrigsten Stand seit der Deutschen Einheit.

Die Infrastruktur in Mecklenburg-Vorpommern ist in den letzten 25 Jahren in weiten Teilen erneuert worden. Neue Verkehrsverbindungen wie die A 20 oder die Rügenbrücke haben das Land besser erschlossen. Viele Städte und Gemeinden sind bereits saniert worden. Dieser Prozess muss weiter fortgesetzt werden.

Unser Land zeichnet sich durch eine sehr solide Finanzpolitik aus. Es zählt zu den ganz wenigen Bundesländern, die in den letzten Jahren keine neuen Schulden aufgenommen haben.

Gut entwickelt hat sich auch die Kinder- und Familienfreundlichkeit. Mit unserem Kita-Angebot liegen wir bundesweit an der Spitze. Zu den Stärken unseres Landes gehört, dass in vielen Bereichen ein guter sozialer Zusammenhalt erhalten geblieben ist. Unser Land ist mit seiner breit gefächerten Kultur-, Bildungs-, und Sportlandschaft mit den vielen Vereinen, den haupt- und ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern ein Land der kulturellen Vielfalt, in dem die Menschen gerne zu Hause und aktiv sind und die Gastfreundschaft mit Menschen anderer Nationalitäten und Kulturräume einschließlich der Migrantinnen und Migranten leben und gestalten. Dieses Engagement ist sehr wertvoll und wird von uns in Zukunft noch stärker unterstützt.

Mecklenburg-Vorpommern ist inzwischen ein hoch attraktives Bundesland. Menschen aus ganz Deutschland kommen zu uns und verbringen ihren Urlaub hier. Und erstmals ziehen auch mehr Menschen in unser Land, als von hier weggehen. Darunter sind nicht nur viele ältere Menschen, sondern verstärkt auch junge Familien mit Kindern. Mecklenburg-Vorpommern wird zunehmend auch zu einem Land für junge Menschen. Mit den Universitäten und Fachhochschulen sowie den Forschungseinrichtungen haben wir attraktive Quellen der Bildung und Innovation. Sie ziehen viele Menschen, Studierende und Forscherinnen und Forscher in unser Land, sorgen für Anerkennung und vor allem sind sie Motor des Fortschritts in Wissenschaft und Wirtschaft.

Diese positive Entwicklung ist das Ergebnis guter sozialdemokratischer Arbeit in der Landesregierung und im Landtag. Seit 1998 sind wir stärkste Kraft und stellen den Ministerpräsidenten im Land. Gemeinsam mit den Menschen haben wir seitdem viele Verbesserungen erreicht. Wir sind stolz darauf, dass sich Mecklenburg-Vorpommern unter den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Harald Ringstorff und Erwin Sellering gut entwickelt hat, und bedanken uns bei allen, die daran mitgewirkt haben.

Wir sind uns bewusst, dass Mecklenburg-Vorpommern immer noch vor großen Herausforderungen steht. Trotz aller Fortschritte beim Aufbau unseres Landes hat Mecklenburg-Vorpommern noch immer Rückstand bei Wirtschaftskraft, Arbeitsmarktentwicklung und Einkommen. Der demografische Wandel trifft unser Land früher und härter als andere. Einstellen müssen wir uns auch darauf, dass Mecklenburg-Vorpommern ab Ende 2019 keine besondere Ostförderung mehr erhält. Danach müssen wir unsere Zukunft aus eigener Kraft gestalten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stellen uns diesen Herausforderungen. Wir sind die politisch gestaltende Kraft des Landes, die für eine vernünftige Wirtschaftspolitik und gute Arbeitsplätze eintritt und die aus tiefer Überzeugung alles dafür tut, dass es bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gerecht zugeht und alle gute Chancen von Anfang an bekommen.

Deshalb wollen wir bei der Landtagswahl 2016 wieder stärkste Kraft in Mecklenburg-Vorpommern werden. Unser Ziel ist klar: Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern auf dem Weg zu einem modernen, wirtschaftlich starken und sozial gerechten Land weiter voranbringen.

Dazu werden wir in drei Bereichen Schwerpunkte setzen:

- Wirtschaft und Arbeitsplätze:
- Gute Chancen von Anfang an
- Sozialer Zusammenhalt

Auf all diesen Feldern ist die Gleichstellung von Frauen und Männern weiter eine wichtige Aufgabe. Wir werden bei all unseren Maßnahmen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen berücksichtigen. Dort, wo es Benachteiligung gibt, werden wir mit gezielten Maßnahmen auf einen Ausgleich hinwirken.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Fortführung der soliden Finanzpolitik. Die SPD hat schon Ende der 90er Jahre einen Kurs der soliden Finanzpolitik eingeschlagen. Mit Erfolg: Seit 2006 nimmt unser Land keine neuen Schulden mehr auf. In den letzten Jahren ist es sogar mehrfach gelungen, Schulden zu tilgen. Unser Ziel ist es, auch in der gesamten kommenden Wahlperiode ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Es ist selbstverständlich, dass für diese Schwerpunkte die Kommunen weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Deswegen ist es unser Ziel, die Kommunen nach wie vor als Partner auf gleicher Augenhöhe zu betrachten und zu beteiligen.

Wirtschaft und Arbeitsplätze

Wir wollen Mecklenburg-Vorpommern wirtschaftlich weiter voranbringen, damit Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze erhalten und neu geschaffen werden. Dazu müssen wir die Wirtschaftsförderung auf die Bereiche konzentrieren, in denen unser Land besonders gute Wachstumschancen hat. Die Infrastruktur muss punktuell noch ausgebaut, vor allem aber in ihrem erreichten guten Zustand erhalten werden. Wir wollen die Chancen, die uns die Energiewende bietet, für unser Land nutzen. Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns für gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen und attraktiven Arbeitsbedingungen ein. Mecklenburg-Vorpommern muss attraktiv für junge Menschen bleiben und Ausbildungsplätze mit einem ansprechenden Arbeitsumfeld bieten.

Das Land wirtschaftlich weiter voranbringen

Mecklenburg-Vorpommern soll in den kommenden Jahren weiter an Wirtschaftskraft gewinnen. Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür, dass Arbeitsplätze neu entstehen und gesichert werden. Die SPD richtet ihre Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik deshalb auf den ersten Arbeitsmarkt aus, ohne die besonderen Bedürfnisse vor allem von Langzeitarbeitslosen aus den Augen zu verlieren.

Mecklenburg-Vorpommern erhält wie die anderen ostdeutschen Länder bis Ende 2019 noch eine besondere Förderung, die allerdings von Jahr zu Jahr geringer wird. Uns werden allein deshalb 2019 mehr als eine halbe Milliarde Euro weniger aus Solidarpaktmitteln im Landeshaushalt zur Verfügung stehen als 2015. Auch die EU-Förderung läuft 2020 aus. Das bedeutet, dass wir die vorhandenen Fördermittel auf die Bereiche und Branchen konzentrieren müssen, die für die Entwicklung unseres Landes besonders wichtig sind. Zugleich gilt es, Spielräume zu erwirtschaften, damit auch nach 2020 eine gute Arbeitsplätze unterstützende Wirtschaftsförderung möglich ist.

Für eine gute wirtschaftliche Entwicklung setzen wir auf eine Doppelstrategie. Wir unterstützen die Branchen, in denen unser Land traditionell stark ist. Und wir fördern die Bereiche, in denen wir besonders gute Zukunftschancen haben.

Traditionell stark ist Mecklenburg-Vorpommern im Tourismus, in der Land- und Ernährungswirtschaft und in der maritimen Wirtschaft, zu der neben den Werften auch die Häfen als Umschlagplätze und Industriestandorte sowie zahlreiche maritime Zulieferbetriebe gehören. Die größten Zukunftschancen haben wir in der Gesundheitswirtschaft und bei den erneuerbaren Energien. Aber auch in der Logistikwirtschaft, der IT-Wirtschaft und der Kreativwirtschaft gibt es weitere Wachstumsmöglichkeiten.

Mecklenburg-Vorpommerns Wirtschaft ist besonders stark durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt. Das Handwerk und der gewerbliche Mittelstand bilden das wirtschaftliche Rückgrat des Landes. Die Wirtschaftsförderung muss dem auch künftig Rechnung tragen und diese Firmen besonders unterstützen.

Unsere wirtschaftspolitische Strategie geht weiter davon aus, dass die Landesregierung gezielt Prozesse fördert, die zu einer Stärkung der Wirtschaftskraft des Landes führt. Existenzgründerinnen und Existenzgründern werden wir bei den ersten Schritten beratend zur Seite stehen. Auch neue Investoren von außen sind uns in Mecklenburg-Vorpommern herzlich willkommen. Wir werden alle seriösen Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben weiterhin kompetent, schnell und aus einer Hand begleiten.

Ein Problem für bereits am Markt etablierte, kleinere eigentümergeführte Unternehmen ist oft die Suche nach einer geeigneten Nachfolge in der Firmenleitung. Wir werden deshalb die Übernahme von Firmen durch geeignete Nachfolgerinnen und Nachfolger begleiten. Dabei muss auch die Übernahme ohne familiäre Bande gefördert werden, wenn wir die erfolgreich tätigen Unternehmen und deren Arbeitsplätze sichern wollen.

Branchennetzwerke verbessern die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen einer Branche und stärken zugleich den Außenauftritt. Deshalb werden wir sie auch zukünftig fördern. Auch die Förderung von Forschung und Entwicklung soll ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik sein. Diesbezüglich gilt es, die Hochschulstandorte weiter zu stärken.

Die Infrastruktur ausbauen und erhalten

In Mecklenburg-Vorpommern sind seit 1990 riesige Summen in den Ausbau der Infrastruktur investiert worden. Dieser Ausbau ist sehr weit fortgeschritten. Es gibt allerdings auch noch Lücken in der Infrastruktur, an deren Schließung wir in den Jahren 2016 bis 2021 arbeiten wollen. 25 Jahre nach der Deutschen Einheit ist außerdem der Erhalt der nach 1990 neu aufgebauten Infrastruktur eine Aufgabe von wachsender Bedeutung.

Deutlich verbessert werden muss vor allem die digitale Infrastruktur. Sie ist für Bürgerinnen und Bürger wie für die Wirtschaft gleichermaßen wichtig. Deshalb wird die SPD in der kommenden Wahlperiode in Ergänzung der Projekte des Bundes ein Programm auflegen, um die noch bestehenden weißen Flecken bei der Internet-Versorgung zu beseitigen und möglichst überall im Land schnelle Internetverbindungen für alle sicherzustellen. Wir wissen, dass sich die Datenübertragungsraten auch weiterhin erhöhen und wollen deshalb ein langfristig leistungsfähiges Netz schaffen, das vor allem auch kreativen Köpfen und IT-Firmen eine Tätigkeit an nahezu jedem Ort im Land ermöglicht. Um den Ausbau zügig voranzubringen, werden wir die Kompetenzen für den Ausbau der digitalen Infrastruktur innerhalb der Landesregierung in einem Ministerium bündeln.

Beim Straßenbau sind für uns die wichtigsten Projekte der Bau der A 14 von Schwerin nach Magdeburg und der Bau der B 96n auf Rügen. Fortgeführt werden soll in den kommenden Jahren der Bau von Ortsumgehungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die von uns für den neuen Bundesverkehrswegeplan vorgeschlagenen Projekte möglichst weitgehend in diesen aufgenommen werden und zügig mit der Realisierung erster Projekte begonnen wird.

Mecklenburg-Vorpommern ist als Küstenland auf leistungsfähige Häfen und gute Hinterlandanbindungen angewiesen. Die SPD wird deshalb den Ausbau der Häfen weiter unterstützen und die Anbindung der Häfen weiter verbessern. Dies ist auch ein wichtiger Beitrag, um Mecklenburg-Vorpommern als Logistikstandort zu stärken.

Die SPD setzt sich für einen starken öffentlichen Personennahverkehr ein. Um das heute bestehende Angebot an Bahnverbindungen im Land aufrechterhalten zu können, ist zwingend erforderlich, dass der Bund die Länder so mit Regionalisierungsmitteln ausstattet, dass sie einen nachfragegerechten Schienennahverkehr anbieten können. Wir werden mit diesen Mitteln vor allem die besonders nachgefragten Strecken im Land stärken. Dort, wo Schienenverbindungen aufgrund zu geringer Fahrgastzahlen nicht ökonomisch und ökologisch vernünftig betrieben werden können, setzt die SPD auf leistungsfähige Busverkehre und innovative Lösungen wie Ruf-Bus-Systeme oder Anrufsammeltaxis. Innovative und die Mobilität stärkende Nahverkehrskonzepte der Landkreise werden durch uns unterstützt.

Für Touristen und Einheimische gleichermaßen ist ein möglichst weitreichendes Radwegenetz von großer Bedeutung. Die SPD hat deshalb für die Jahre 2014 bis 2016 ein Lückenschlussprogramm für Radwege entlang von Landesstraßen aufgelegt. Dieses Programm wollen wir auch über das Jahr 2016 hinaus fortführen. Bei der Entscheidung, wo der dringlichste Bedarf besteht, hat die Landesregierung die Landkreise intensiv einbezogen. Dieses Modell werden wir beibehalten. Wir halten es für wünschenswert, dass die Kreise dazu ein auf ihr Gebiet bezogenes Gesamtkonzept für ein Radwegenetz entwickeln, in das auch die Landesstraßen einbezogen werden können.

Die Energiewende zum Erfolg führen

Deutschland hat im Jahr 2011 eine historische Entscheidung getroffen. Binnen zehn Jahren sollen alle Atomkraftwerke in Deutschland stillgelegt werden. Zugleich sollen die erneuerbaren Energien deutlich ausgebaut werden. Wir halten diese Entscheidung weiter für richtig. Die Atomkraft ist eine gefährliche Technologie, in der Unfälle schreckliche Folgen haben und deren radioaktiver Abfall uns schon heute vor riesige Probleme stellt. Die Stromerzeugung aus Windkraft, Sonnenenergie, Biomasse oder Wasserkraft ist deutlich umweltfreundlicher, kostengünstiger und sicherer. Die Energiewende bedeutet für uns nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie, sondern

auch die Wahrnehmung unserer Verantwortung für das Weltklima. Ziel muss es sein, den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ zu reduzieren.

Vor allem ist der Ausbau der erneuerbaren Energien eine große wirtschaftliche Chance für unser Land und ganz Deutschland. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern hat diese Chance früher als andere erkannt und diese Form der Energieerzeugung unterstützt. Mit Erfolg: Mecklenburg-Vorpommern ist das erste Bundesland in Deutschland, das seinen Strombedarf vollständig aus erneuerbaren Energien deckt. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien sind in Mecklenburg-Vorpommern Tausende von Arbeitsplätzen entstanden, vor allem in der Windkraftbranche.

In den kommenden Jahren wollen wir den Ausbau der erneuerbaren Energien weiter fortsetzen, damit die Energiewende auch in ganz Deutschland gelingt. Erforderlich ist vor allem der Bau weiterer Windparks auf See. Sie können die großen Strommengen liefern, die ein Industrieland wie Deutschland braucht. Auch an Land müssen weitere Windparks entstehen und alte Anlagen gegen neuere und leistungsfähigere ausgetauscht werden.

Während der Atomausstieg und der Ausbau der erneuerbaren Energie im Grundsatz von einer großen Mehrheit in der Bevölkerung unterstützt werden, haben sich in den letzten Jahren an vielen Orten Initiativen gegen den Bau von neuen Anlagen gebildet. Wir nehmen diese Proteste ernst und werden uns, wo immer dies möglich ist, für Lösungen mit möglichst geringen Beeinträchtigungen einsetzen. Auf den Ausbau der erneuerbaren Energien verzichten können und werden wir aber nicht.

Die Akzeptanz steigt oftmals, wenn es die Möglichkeit einer direkten Beteiligung gibt. Wir werden deshalb noch in dieser Wahlperiode ein Gesetz auf den Weg bringen, das es Kommunen wie auch Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich an Windparks in ihrer unmittelbaren Umgebung zu beteiligen und so Nutznießer zu sein. Außerdem soll ermöglicht werden, dass die Bürgerinnen und Bürger in angrenzenden Kommunen auch durch niedrigere Strompreise vom Bau neuer Anlagen profitieren können. Hohe Energieeffizienz und Energieeinsparung muss die zweite Säule der Energiewende werden. Die konsequente Steigerung der Energieeffizienz ist die richtige Antwort auf steigende Energiepreise. Sie ist gleichzeitig die kostengünstigste Maßnahme für einen wirksamen Klimaschutz. Wir werden deshalb u. a. die Beratungsangebote für Verbraucherinnen und Verbraucher und Unternehmen weiter ausbauen.

Auf Bundesebene werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Netzausbaukosten fair verteilt werden und dafür einsetzen, dass die Standortgemeinden stärker als bisher an der Gewerbesteuer beteiligt werden. Voraussetzung dafür ist der erforderliche Ausbau der Energietrassen im Bundesgebiet und eine faire Verteilung der damit verbundenen Kosten (Bundesweite Wälzung der Netzentgelte/ Ausbaurkosten). Es kann nicht so bleiben, dass die Regionen, die wie Mecklenburg-Vorpommern beim Ausbau der erneuerbaren Energien vorangehen, mit finanziellen Nachteilen belastet werden. Wir brauchen eine stärkere Dividende der Energiewende für die Länder, die wie Mecklenburg-Vorpommern den größten Anteil an der Energiewende leisten.

Neben der Stromversorgung muss auch die Wärmeversorgung stärker als bisher auf erneuerbare Energien umgestellt werden. Bei der „Wärmewende“ bieten Biomasse und Geothermie wichtige Potenziale, die erschlossen werden müssen. Auch die Solarthermie leistet dazu einen wichtigen Beitrag. Wir werden die Unterstützung der vielfältigen privaten und kommunalen Initiativen für innovative und kreative Ideen für neue Formen der Wärmegewinnung in allen Teilen unseres Landes konsequent fortsetzen und vor allem die Förderung fortschreiben. Die Wärmeerzeugung aus regenerativen Quellen ermöglicht regionale und lokale Wirtschaftskreisläufe, z.B. für unsere

heimischen Handwerksbetriebe bei Installation und Service für solche Anlagen oder für Land- und Forstwirtschaftsbetriebe bei der Beschaffung des zur Wärmeerzeugung erforderlichen nachwachsenden Rohstoffes. Wir setzen uns dafür ein, dass die Anlagen zunehmend bedarfsgerecht Strom produzieren und sinnvolle Wärmenutzungskonzepte umgesetzt werden. Auch bestehende Anlagen sollen sich technisch z.B. mit dem Ziel der besseren Rohstoffeffizienz weiterentwickeln können.

Der Erfolg der Energiewende wird letztlich davon abhängen, ob es gelingt, möglichst schnell durch innovative und nachhaltige Lösungen die Wettbewerbsfähigkeit für die Erzeugung aus erneuerbaren Energien zu erreichen. Ein Schwerpunkt unserer Forschung und Entwicklung soll deshalb im Bereich der erneuerbaren Energien liegen. Wichtiger Bestandteil der Energiewende sind auch die Verbesserung von Speichertechniken und die Schaffung „intelligenter Netze“. Hierzu werden wir ein Forschungsprogramm „Netzstabilität und Speicher“ auflegen. Aufgrund der zentralen Bedeutung der Energiewende für unser Land werden wir die notwendigen Mittel für ein solches Forschungsprogramm bereitstellen.

Vor allem aber wollen wir die wirtschaftlichen Chancen nutzen, die uns die Energiewende bietet. Wir werden die Vernetzung der Branche weiter unterstützen. Außerdem wollen wir die bei uns im Land entstandene Wertschöpfungskette erweitern. Schon jetzt sind die erneuerbaren Energien für viele mittelständische Unternehmen ein immer wichtiger werdendes Tätigkeitsfeld. Die Chancen für unsere bestehenden Unternehmen, mit ihren Produkten bei der Herstellung vor allem von Windkraftanlagen ein weiteres wirtschaftliches Feld zu erschließen, wollen wir ebenso gezielt unterstützen wie auch die Neuansiedlung von Unternehmen, die mit ihren Zulieferprodukten dazu beitragen und bisher nicht im Land produzieren.

Weiter für gute Arbeitsplätze sorgen

Das Ziel der SPD in Mecklenburg-Vorpommern sind gute Arbeitsplätze und Löhne, von denen man leben kann und die die Möglichkeit zur beruflichen Entfaltung bieten. Das ist für uns gleichermaßen eine Frage der sozialen Gerechtigkeit wie auch der wirtschaftlichen Vernunft. Mecklenburg-Vorpommern wird im Wettbewerb um gute Fachkräfte nur mithalten können, wenn die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer faire Löhne erhalten und unter guten Arbeitsbedingungen arbeiten können.

In den kommenden Jahren muss nach unserer Überzeugung vor allem das Lohnniveau steigen. Am 1. Januar ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn in Deutschland in Kraft getreten, für den sich die SPD in Mecklenburg-Vorpommern schon seit vielen Jahren einsetzt. Bis 2017 gilt jetzt noch eine Übergangsfrist, in der von der Untergrenze von 8,50 Euro pro Stunde abgewichen werden kann, wenn sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer in einem Tarifvertrag darauf verständigen. Der Mindestlohn ist ein großer sozialer Fortschritt in Deutschland. Er muss jetzt konsequent umgesetzt werden.

Mecklenburg-Vorpommern wird nur wettbewerbsfähig bleiben, wenn auch in den Gehaltsgruppen darüber das Lohnniveau steigt. Die Festlegung von Löhnen ist Sache der Tarifpartner. Wir werben aber gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft dafür, dass möglichst viele Unternehmen und möglichst viele Branchen Tariflohn zahlen. Starke Gewerkschaften und eine weitgehende Tarifbindung sind die besten Voraussetzungen für gute Löhne.

Frauen erhalten oftmals noch immer für die gleiche Arbeit einen niedrigeren Lohn als Männer. Wir unterstützen die Initiative unserer Bundesfamilienministerin, die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen gesetzlich festzuschreiben. Außerdem treten wir dafür ein, dass mehr Frauen in Führungspositionen gelangen. Wir werden gemeinsam mit der Wirtschaft eine landesweite Kampagne „Frauen in Führungspositionen“ ins Leben rufen. Zudem werden wir uns für eine Zielvereinbarung mit den Wirtschaftsverbänden in Mecklenburg-Vorpommern einsetzen, um so den Anteil von Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. In der Landesverwaltung wollen wir durch gezielte Förderung, durch Netzwerkbildung und Mentoringprogramm den Anteil von Frauen in Führungspositionen weiter steigern.

Für gleiche Arbeit müssen auch gleiche Löhne gezahlt werden. Auch den Missbrauch von Werkverträgen zum Zweck des Lohn- und Sozialdumpings verurteilen wir. Wir werden die geplanten Initiativen der Bundesregierung unterstützen, um den Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit zu beenden.

Auch gute Arbeitsbedingungen stärken unsere Position im Wettbewerb um Fachkräfte und tragen zu mehr sozialer Gerechtigkeit bei. Besonders wichtig ist uns, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land Beruf und Kinder bzw. Beruf und Pflege gut miteinander verbinden können. Wir begrüßen, dass viele Unternehmen im Land inzwischen familienfreundliche Bedingungen wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten anbieten. Alle anderen fordern wir auf, diesem positiven Beispiel zu folgen. Zur besseren Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienleben werden innovative Maßnahmen und Projekte unterstützt, die diesen Gedanken auch an die klein- und mittelständischen Unternehmen herantragen und für sie umsetzbar machen. Als Landesregierung werden wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit gutem Beispiel vorangehen.

Gute Chancen von Anfang an

Unsere Kinder sollen von Anfang an beste Chancen haben. Deshalb wird die SPD auch in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt beim Thema Familie und Kinder setzen und die Bildung und Betreuung von Kindern in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessern. Ebenso wichtig sind uns gute Schulen mit gut ausgebildeten, motivierten und kompetenten Lehrkräften, die erstklassigen Unterricht bieten und unsere Kinder bestmöglich individuell fördern. Für den gelingenden Übergang in ein selbstbestimmtes Leben setzen wir auf attraktive Hochschulen und hochwertige Bildung in Berufsschulen und Weiterbildung.

Die Kitas im Land weiter verbessern

Mecklenburg-Vorpommern verfügt über ein sehr gutes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen in den Kitas und in der Tagespflege. Das ist doppelt wichtig. Zum einen erhalten die Kinder in unserem Land so von Anfang an die bestmögliche Förderung. Zum anderen erleichtern wir so ihren Eltern, Familie und Beruf gut miteinander zu vereinbaren. Die Kitas sollen deshalb auch in der kommenden Wahlperiode ein Schwerpunkt sozialdemokratischer Regierungsarbeit sein.

Hier können wir an viele Maßnahmen aus den vergangenen Jahren anknüpfen. Die Landesausgaben für die Kitas sind von uns in den letzten zehn Jahren mehr als verdoppelt worden. Auch die Kommunen geben deutlich mehr Geld für gute Kindertagesstättenbetreuung aus. Wir haben die Elternbeiträge in den Krippen und im letzten Kindergartenjahr abgesenkt, die Gruppen in den

Kitas verkleinert, die vorschulische Bildung gestärkt, den Erzieherinnen und Erziehern mehr Vor- und Nachbereitungszeiten ermöglicht und eine besondere Unterstützung für Kitas in sozialen Brennpunkten eingerichtet.

Im Sommer dieses Jahres wird die Fachkraft-Kind-Relation in den Kindergärten weiter verbessert, auf dann 1:15. In der kommenden Wahlperiode wollen wir weitere Schritte zur Verbesserung der Bildung und Betreuung von Kindern bei uns in Mecklenburg-Vorpommern gehen. Die Umsetzung der Bildungskonzeption und die besondere individuelle Förderung der Kinder werden wir umfassend evaluieren. Welche Maßnahmen dann am sinnvollsten und dringlichsten sind, wollen wir im Zuge des weiteren Programmprozesses mit Eltern und Erzieherinnen und Erziehern, Kommunen und Kita-Trägern diskutieren. Die nachhaltige Qualifizierung der individuellen Förderung hat dabei für uns besondere Bedeutung. Die Stärkung der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen den Eltern und den Kindertageseinrichtungen werden wir gezielt fördern. Verbessert werden soll in den kommenden Jahren auch die Hort-Betreuung, insbesondere in Ferien- und Randzeiten. Welche Maßnahmen am sinnvollsten und dringlichsten sind, wollen wir im Zuge des weiteren Programmprozesses mit Eltern und Erzieherinnen und Erziehern diskutieren. Verbessert werden soll in den kommenden Jahren auch die Hort-Betreuung in Ferien- und Randzeiten.

Die SPD tritt für eine Kultur der Kinder- und Familienfreundlichkeit bei uns in Mecklenburg-Vorpommern ein. Wir werden besonders familienfreundliche Kommunen und Unternehmen weiter auszeichnen, damit andere diesen positiven Beispielen folgen.

Gute Schulen organisieren

Gute Chancen für alle – das ist auch das wichtigste Ziel unserer Schulpolitik. Alle Kinder in unseren Schulen sollen in ihrer persönlichen Entwicklung gefördert werden. In dieser Wahlperiode haben wir zwei Schwerpunkte in unserer Schulpolitik gesetzt: Mehr Kommunikation und bessere Organisation. Mit einem 50-Millionen-Euro-Paket haben wir den Lehrerberuf in Mecklenburg-Vorpommern attraktiver gemacht, ein Programm gegen Unterrichtsausfall auf den Weg gebracht, die Ganztagschulen gestärkt und damit vor allem die Qualität der Schulen verbessert.

Wir brauchen in den kommenden Jahren Kontinuität und Verlässlichkeit in den Schulen. Deshalb sollen auch in den kommenden Jahren ein intensiver Dialog und konkrete organisatorische Verbesserungen im Mittelpunkt unserer Schulpolitik stehen. In diesem Zusammenhang werden wir uns intensiv für die weitere Demokratisierung der Schulen einsetzen. Insbesondere den Schülerinnen und Schüler wollen wir mehr Mitspracherechte einräumen. Unser Ziel sind gute Schulen, in den Städten wie auch im ländlichen Raum, die unsere Kinder bestmöglich fördern.

Besonders gute Bedingungen bieten dabei Ganztagschulen. Nach der Verbesserung der Qualität der Angebote in der laufenden Legislaturperiode steht für uns der weitere Ausbau der Ganztagschulen im Vordergrund. Auf diese Weise sollen alle Kinder optimale Fördermöglichkeiten erhalten und Eltern die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtert werden.

Auch haben Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall für uns weiterhin eine hohe Priorität. Deshalb haben wir ein Vertretungslehrerprogramm auf den Weg gebracht und konsequent ausgebaut. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Mit den etwa 28 Millionen Euro aus den freiwerdenden Bafög Mitteln stärken wir den Bildungsbereich in unserem Land. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Mittel langfristig im Bildungsbereich verbleiben. Alle Eltern sowie Schülerinnen und Schüler

sollen sich außerdem darauf verlassen können, dass in unseren Schulen guter Unterricht stattfindet.

Organisieren wollen wir auch eine erfolgreiche Inklusion, also die Einbeziehung möglichst aller Schülerinnen und Schüler in das reguläre Schulsystem. Wir wollen diese Aufgabe weiter im Dialog mit Lehrern, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Schulträgern und externen Sachverständigen bewältigen. Vor allem ist es uns aber wichtig, diese Reform des Schulsystems im gesellschaftlichen Konsens mit allen demokratischen Kräften auf den Weg zu bringen. Schulentwicklung darf nicht vom nächsten Ergebnis bei den Landtagswahlen abhängen, sondern benötigt Kontinuität über Wahlperioden hinweg. Um diesen „Schulfrieden für Inklusion“ zu erreichen, müssen alle im Landtag vertretenen demokratischen Kräfte zu Kompromissen im Sinne der Schülerinnen und Schüler sowie der Eltern bereit sein. Die SPD wird diesen Weg weiter konsequent verfolgen.

Ein besonders wichtiges Ziel ist für uns außerdem, die Zahl der Jugendlichen ohne anerkannten Schulabschluss zu reduzieren. Im Jahr 2008 haben wir versprochen, bis spätestens 2020 die Quote der Schülerinnen und Schüler ohne Berufsreife zu halbieren. Dieses Ziel konnten wir bereits zum Schuljahr 2013/14 durch eine verlässliche Schulpolitik erreichen. Diesen Weg werden wir fortsetzen. Es ist auch und vor allem eine Frage der Gerechtigkeit, dass wir kein Kind und keinen Jugendlichen zurücklassen.

Sozialer Zusammenhalt

Mecklenburg-Vorpommern soll ein sozial gerechtes Land sein, in dem alle Generationen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Unser Land ist früher und stärker vom demografischen Wandel betroffen als andere Bundesländer. Das ist für uns Herausforderung und Chance zugleich. Ein Schwerpunkt für die kommenden Jahre ist deshalb die Verbesserung der Bedingungen der älteren Generation. Der Staat wird jedoch in Zukunft gerade in besonders dünn besiedelten Bereichen nicht mehr alles selbst vorhalten und anbieten können, was zum Beispiel im öffentlichen Nahverkehr, bei sozialen und kulturellen Angeboten wünschenswert ist. Wir müssen insbesondere für den ländlichen Raum intelligente Formen der Daseinsvorsorge entwickeln, damit die Menschen dort nicht von der Entwicklung in den Zentren abgekoppelt werden. Für den sozialen Zusammenhalt wird es besonders wichtig sein, bestehende Hürden für Eigeninitiative abzubauen und die regionale Aktivierung der Bürger zu unterstützen. Zugleich gilt es, die Zentren weiter zu stärken und zu entwickeln, damit sie ihre Versorgungsfunktion auch in Zukunft gut erfüllen können. Besonders wichtig ist uns, dass Mecklenburg-Vorpommern ein demokratisches und weltoffenes Land ist.

Gutes Leben im Alter ermöglichen

Für die SPD ist ein wichtiges Ziel, dass alle Generationen in unserem Land gute Lebensbedingungen vorfinden. Aufgrund des demografischen Wandels wird der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren ansteigen. Gleichzeitig haben sich die Bedürfnisse und Lebensstile älterer Menschen gewandelt. Viele sind bis ins hohe Alter aktiv, engagieren sich in der Familie, im Ehrenamt und wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Um diesen Veränderungen Rechnung zu tragen, ist auf Vorschlag der SPD im Landtag die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ eingesetzt worden. Wir werden ihre Vorschläge sorgfältig auswerten und die besten davon in die Praxis umsetzen.

Dabei wollen wir auf fünf Feldern ansetzen:

- Wohnen: In einer älter werdenden Gesellschaft wird ein höherer Anteil an barrierefreien Wohnungen gebraucht. Wir werden in der kommenden Wahlperiode die Städtebauförderung stärker auf die Schaffung barrierefreien Wohnraums ausrichten. Außerdem werden wir die Landesbauordnung so ändern, dass die für Wohnungsbau gesetzten Standards in Zukunft leichter die Umwandlung in barrierefreien Wohnraum ermöglichen.
- Medizinische und Pflegeversorgung: Die SPD wird alle geeigneten Schritte ergreifen, um eine flächendeckende medizinische Versorgung im ganzen Land abzusichern. Dazu werden wir die sektorenübergreifende Zusammenarbeit der ambulanten und stationären Angebote weiter ausbauen, innovative Versorgungsmodelle entwickeln und die Leistungsfähigkeit der Krankenhäuser stärken. Um gute Pflege sicher zu stellen, wollen wir die Steuerungskompetenz der Kommunen stärken, indem wir die Pflegesozialplanung weiterentwickeln und die Pflegestützpunkte stärken. Außerdem werden wir dazu beitragen, dass die Qualität in der Pflege weiter verbessert und der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff in Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wird. Die Potenziale zur Verringerung von Pflegebedürftigkeit bei älteren Menschen sind bei weitem nicht ausgeschöpft. Die falsche Programmierung von Gesundheits- und Pflegepolitik braucht eine Neuorientierung. Nur eine Präventions- und Rehabilitationsoffensive kann Pflegebedürftigkeit verhindern oder wenigstens hinausschieben. Die Einlösung des Rechtsanspruchs auf geriatrische Rehabilitation muss endlich Wirklichkeit werden.
- Infrastruktur: Ältere Menschen sind für ihre gesellschaftliche Teilhabe insbesondere auf Mobilität angewiesen. Dazu muss vor allem ein leistungsfähiger Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sichergestellt werden, für den auch weitere innovative Modelle entwickelt werden.
- Arbeit: Erfreulicherweise ist der Anteil der über 60-Jährigen, die einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz innehaben, auch bei uns im Land angestiegen. Noch immer fällt die Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe allerdings höher aus als bei den Jüngeren. Dabei ist absehbar, dass wir in Zeiten des Fachkräftemangels künftig noch stärker als bisher auf die Erfahrung und das Wissen der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen sein werden. Wir werden deshalb bei der Wirtschaft dafür werben, dass die Potenziale der Älteren stärker genutzt werden. Außerdem unterstützen wir Bestrebungen, dass die Älteren – wenn sie es wollen – über die Altersgrenze hinaus arbeiten können.
- Teilhabe: Für ältere Menschen ist Teilhabe am gesellschaftlichen Leben besonders wichtig. Wir werden auf allen Ebenen Mitwirkungsmöglichkeiten unterstützen.

Die SPD ist in den letzten Jahren – auch gegen Widerstände – für mehr Anerkennung und Respekt der Lebensleistungen der Älteren in unserem Land eingetreten. Eng damit verbunden ist unsere Forderung nach einer Angleichung der Renten in Ost und West. Auf Bundesebene ist im

letzten Jahr ein Zeitplan vereinbart worden, der eine Rentenangleichung bis Ende 2019 vorsieht. Im Jahr 2016 soll überprüft werden, ob zur Erreichung dieses Ziels ein Zwischenschritt zur Rentenangleichung vorgenommen werden muss. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern wird darauf drängen, dass dieser Zeitplan möglichst schnell gesetzlich festgeschrieben und eingehalten wird.

Jugendpolitik

Der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in den Kommunen werden wir die erforderliche Unterstützung sichern. Auch im ländlichen Raum muss es angemessene Angebote der Jugendarbeit geben. Für die Jugend- und Schulsozialarbeit werden wir dabei langfristig die Grundlagen sichern.

Die Beteiligung junger Menschen in unserer Gesellschaft schafft eine Basis für eine lebendige und offene Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern. Wirksame Beteiligungsmöglichkeiten fördern die Entwicklung demokratischer Haltungen und ermutigen Kinder- und Jugendliche, sich frühzeitig aktiv in die Entwicklung des Gemeinwesens auf jeder Ebene einzubringen.

Wir werden das aktive Wahlrecht zum Landtag ab dem 16. Lebensjahr einführen sowie wirksame Beteiligungsmöglichkeiten auf örtlicher Ebene schaffen und damit die Grundlagen für gute Rahmenbedingungen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen legen. Mit dem Landesjugendring und anderen Akteuren der Jugendarbeit werden wir eng zusammenarbeiten. Das ehrenamtliche Engagement junger Menschen, ihre Eigenverantwortung, ihre Teilhabe an der Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie wollen wir weiter stärken.

Gemeinsam mit den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe werden wir weiterhin nachhaltig den Kinderschutz stärken und die Jugendämter bei der wirksamen Gewährung von Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien in ihrer Steuerungsfunktion unterstützen.

Das Ehrenamt stärken

Hunderttausende von Menschen in Mecklenburg-Vorpommern sind ehrenamtlich tätig: in den Freiwilligen Feuerwehren, in den Sportvereinen, in der Jugend- und in der Seniorenarbeit, der Kommunalpolitik und in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Das Ehrenamt ist in vielen Bereichen unverzichtbar für die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben. Es macht unser Zusammenleben ehrenwerter und liebenswert, schafft ein Klima des Zusammenhalts und der Gemeinschaft. Die SPD will das Ehrenamt in Mecklenburg-Vorpommern in den kommenden Jahren weiter stärken. Dabei soll das Ehrenamt staatliches Handeln nicht ersetzen, sondern sinnvoll ergänzen.

Dies sollen wichtige Arbeitsbereiche der Stiftung für das Ehrenamt und bürgerliches Engagement in Mecklenburg-Vorpommern sein, die wir gründen werden. Die Stiftung wird außerdem in der Lage sein, vor allem kleinen, nicht in großen Verbänden organisierten, Initiativen und Gruppen mit kleinen Geldbeiträgen zu helfen, ihre gute Arbeit fortzusetzen und wünschenswerte Projekte durchzuführen.

Es wird in den kommenden Jahren vor allem darauf ankommen, Ehrenamtlichen mehr Anerkennung zu geben, sie besser miteinander zu vernetzen, Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen und bürokratische Hürden abzubauen.

Für ein demokratisches und weltoffenes Mecklenburg-Vorpommern eintreten

Mecklenburg-Vorpommern ist ein demokratisches und weltoffenes Bundesland. Das soll auch so bleiben. Wir werden deshalb weiter allen rechtsextremistischen Bestrebungen entschlossen entgegenzutreten. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im ganzen Land engagieren sich in einer Vielzahl von landesweiten oder örtlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und für Demokratie, wie z.B. „WIR – Erfolg braucht Vielfalt“. Andere sind von uns selbst ins Leben gerufen worden, wie Endstation Rechts und Storch Heinar. Wir werden dieses für uns sehr wichtige Engagement fortsetzen. Denn für Rechtsextremisten darf es keinen Platz bei uns geben – weder im Landtag noch sonst irgendwo in unserer Gesellschaft. Eine zentrale Aufgabe beim Kampf gegen den Rechtsextremismus und bei der Stärkung des demokratischen Engagements sollen auch weiter die Regionalzentren für Demokratie und Toleranz übernehmen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten jeder Form von Fremdenfeindlichkeit entschieden entgegen. Diese Aufgabe wird in Anbetracht der steigenden Flüchtlingszahlen noch wichtiger. Menschen, die in ihrer Heimat um ihr Leben fürchten müssen, die Gewalt und Verfolgung ausgesetzt sind, brauchen die volle Unterstützung von Land, Kommunen und Zivilgesellschaft. Wir müssen ihnen das Leben in unserem Land lebenswert machen. Dazu gehört vernünftige Unterbringung und Betreuung, die vor Ort Akzeptanz findet. Wir wollen gegenseitige Vorurteile abbauen. Unser Ziel ist, dass sich alle Menschen mit Achtung und Verständnis begegnen. Diese Verpflichtung besteht auch in Erinnerung an die Zeiten, in denen Sozialdemokratien und Sozialdemokraten brutal verfolgt wurden. Darüber hinaus unterstützen wir die Bemühungen der SPD auf Bundesebene für die Schaffung eines Einwanderungsgesetzes.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich auch dank der Unterstützung der Europäischen Union in den letzten 25 Jahren gut entwickelt. Europa ist die beste Garantie dafür, dass wir in Frieden leben. Die SPD in Mecklenburg-Vorpommern bekennt sich zum europäischen Gedanken und wendet sich gegen alle europafeindlichen Kräfte. Wir wollen in den kommenden Jahren in guter Nachbarschaft mit all unseren Nachbarn leben und unsere regionalen Partnerschaften im Ostseeraum, nach Polen, Finnland und Russland, weiter pflegen und ausbauen.

Einladung

Eine starke Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen, gute Chancen in unseren Kitas und Schulen und die Stärkung des sozialen Zusammenhalts – das sind die Schwerpunkte der SPD für die kommende Wahlperiode. In den kommenden Monaten wollen wir diese Schwerpunkte zu einem Zukunftsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln. Dabei ist es uns besonders wichtig, mit vielen Menschen aus unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft ins Gespräch zu kommen. Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger des Landes ein, mit uns über die Schwerpunkte zu diskutieren, weitere Ideen beizusteuern und gemeinsam ein gutes Regierungsprogramm für die Jahre 2016 bis 2021 zu entwickeln.



**SPD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern,
Wismarsche Str. 152, 19055 Schwerin**

Tel: 0385/731980

mail: spd-mv@spd.de

twitter: @SPDMV

Fax: 0385/7851837

web: www.spd-mv.de

facebook: [facebook.com/SPD.MV](https://www.facebook.com/SPD.MV)